



Gemeinsam für soziale
Gerechtigkeit.

Das Grundsatzprogramm
der Arbeiterwohlfahrt.

Kurzfassung

BESCHLOSSEN AUF DER SONDERKONFERENZ
AM 14. DEZEMBER 2019 IN BERLIN.

Inhalt

Einleitung	2
Unsere Leitsätze	4
I. Unsere Grundwerte	5
II. Mensch und Gesellschaft	6
III. Die Arbeiterwohlfahrt als Wertegemeinschaft	7
IV. Vision für eine Gesellschaft in Vielfalt	8
V. Soziale Ungleichheit bekämpfen	9
VI. Soziale Daseinsvorsorge und Subsidiarität	10
VII. Unsere Fachlichkeit	11
VIII. Wir verpflichten uns	12
Impressum	13

Die vorliegende Fassung ist eine Kurzfassung des Grundsatzprogramms der Arbeiterwohlfahrt. Sie umfasst das Leitbild in acht Kapiteln. Die Langfassung des Grundsatzprogramms beinhaltet zudem unsere Fachthemen.

Einleitung

Die Zukunft ist offen, wir aber wollen sie gestalten. Gegründet im Jahr 1919, finden sich in der Arbeiterwohlfahrt auch heute Mitglieder, Engagierte und Mitarbeitende zusammen, um gemeinsam für eine solidarische und gerechte Gesellschaft zu streiten. Mit diesem Anspruch schreiben wir unsere Geschichte als unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband fort. Unsere Strukturen und Aktivitäten richten sich dabei an den Bedürfnissen der Menschen und unseren politischen Zielen aus. Unser Handeln wird bestimmt durch unsere Grundwerte und unsere Verpflichtung gegenüber der Würde des Menschen: Wir akzeptieren weder Armut noch Ausgrenzung und wirken daran mit, den demokratischen, sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen.

Das Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt ist die zentrale programmatische Orientierung für den gesamten Verband. Es ist in seinen Überzeugungen fest verwurzelt in unserer Geschichte als Teil der Arbeiterbewegung und weiß um die historische Aufgabe dieses Verbandes. Das Programm dient dazu, sich der eigenen Grundwerte zu vergewissern und diese vor dem Hintergrund der aktuellen und kommenden Herausforderungen zu interpretieren. Es geht uns um eine Standortbestimmung und um einen Beitrag zur innerverbandlichen, aber auch zur gesellschaftlichen Debatte über das Fortkommen der Gesellschaft. Zugleich ist es eine Selbstverpflichtung, das eigene Handeln unentwegt kritisch zu hinterfragen und zu überprüfen.

Die politischen Veränderungen und Umbrüche in der Welt, in Europa und Deutschland geben uns Gründe genug, unsere Positionen zu verdeutlichen. Seit der Verabschiedung des letzten Grundsatzprogramms im Jahr 1998 haben große Sozialreformen die Politik bestimmt, die die soziale Situation vieler Menschen verschlechtert haben und bis heute verunsichern. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2007/2008 sowie die Eurokrise ab dem Jahr 2010 und die daraus gezogenen falschen politischen Konsequenzen haben das Vertrauen in die politischen Akteure erschüttert und den Glauben an eine soziale und gerechte Ausgestaltung unseres Wirtschaftssystems infrage gestellt. Darüber hinaus stellen nicht erst seit der Geflüchteten-situation im Jahr 2015 Rechtspopulist*innen und -extremist*innen die gelebte Vielfalt infrage und bedrohen unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Wir stellen uns diesen Entwicklungen entgegen und streiten für eine Gesellschaft, die die*den Einzelne*n achtet, sozial absichert und das Gemeinwohl fördert. Wir sind überzeugt, dass die menschenwürdige soziale Absicherung für eine zukunftsfeste Ausgestaltung unserer Gesellschaft und der Europäischen Union unerlässlich ist. Für diese Überzeugung setzen wir uns alleine und im Verbund mit der Freien Wohlfahrtspflege sowie Organisationen ein, die unsere Grundwerte teilen. Und so ist dieses Grundsatzprogramm nicht zuletzt auch eine Einladung, sich der Arbeiterwohlfahrt anzuschließen und mit uns die Gesellschaft zu gestalten: für Freiheit, für Gleichheit, für Gerechtigkeit, für Solidarität und für Toleranz im 21. Jahrhundert.

Berlin, den 14. Dezember 2019.



Die Leitsätze der Arbeiterwohlfahrt sind die Kernthesen unseres Leitbilds in den Kapiteln I.–VIII. Im Leitbild versammeln wir Themen, die für uns in allen Bereichen von entscheidender Bedeutung sind und eine Klammer um unsere fachliche Arbeit bilden.

Sie kennzeichnen Ziele, Aufgabenverständnis und Methoden unserer Arbeit.

Sie ermöglichen es uns, über unsere Tätigkeit zu diskutieren, sie kritisch zu hinterfragen und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Sie sind Orientierung für alle Mitglieder, Mitarbeitenden sowie Engagierten und das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt.

Unsere Leitsätze

Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein. Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus bestimmen unser Handeln.

Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.

Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen Menschen mit Respekt.

Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.

Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell, innovativ und nachhaltig. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.

Wir verpflichten uns als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband, unseren Werten entsprechend zu handeln. Indem wir unsere Grundsätze transparent darstellen, machen wir sie zum Maßstab unserer Arbeit.

I. Unsere Grundwerte

Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein. Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus bestimmen unser Handeln.

Unsere Vision einer gerechten Ordnung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft drückt sich seit unserer Gründung im freiheitlichen demokratischen Sozialismus aus: Allen Menschen stehen politische, soziale, bürgerliche, kulturelle und wirtschaftliche Grundrechte zu. Der freiheitliche demokratische Sozialismus ist zugleich unser nie endender Auftrag, für eine fortschrittliche, freie, gerechte, demokratische und solidarische Gesellschaft einzustehen. Mit unserer Arbeit wollen wir Ungleichheiten überwinden, soziale Gerechtigkeit schaffen und allen Menschen gesellschaftliche sowie kulturelle Teilhabe ermöglichen. Der Staat ist verpflichtet, allen ein Leben in Würde und ohne Armut zu sichern.

Freiheit bedeutet, selbstbestimmt und menschenwürdig zu leben – frei von Willkür, Unterdrückung, Not und Armut. Die Freiheit der*des Einzelnen entsteht auch durch die Gemeinschaft. Damit der Mensch seine individuellen Fähigkeiten entfalten kann, braucht er soziale und materielle Sicherheit. Freiheit verpflichtet, sich der Vernunft zu bedienen, verantwortlich zu handeln und die Freiheit anderer zu respektieren.

Gleichheit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Rechte vor dem Gesetz, die Gleichstellung aller Geschlechter und den Schutz vor Diskriminierung. Gleichheit erfordert das Recht, am politischen und sozialen Geschehen mitzuwirken und sozial abgesichert zu sein.

Gerechtigkeit herrscht, wenn jeder Mensch frei ist, gemeinschaftlich handelt und die gleichen Chancen im Leben hat. Dafür braucht es staatliche Steuerung und Umverteilung: Gerechtigkeit ist auch Verteilungsgerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet, global Verantwortung zu übernehmen und für einen Ausgleich in der Welt einzutreten. Gerechtigkeit erfordert, unsere Lebensweise für kommende Generationen und zum Wohl der Natur nachhaltig zu gestalten. Nachhaltigkeit bedeutet für uns, sich konsequent für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen einzusetzen. Die ökologische und soziale Gestaltung einer Gesellschaft und Wirtschaft mit ihren Zielen, Lebensstilen und Handlungen muss weltweit eine lebenswerte Zukunft sichern.

Solidarität entsteht im Miteinander. Sie bedeutet, füreinander einzustehen und den anderen zu helfen. Unsere gemeinsame politische Überzeugung ist die Basis für gegenseitige Verantwortung und Verpflichtung. Solidarität kennt keine nationalen Grenzen. Der Staat macht durch Recht Solidarität bindend. Im Zusammenschluss haben die Menschen die Kraft, sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu wehren. Wer in Not gerät, kann sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen.

Toleranz erwächst aus dem Bewusstsein, dass jeder Mensch in seiner Einzigartigkeit anerkannt wird. Andere Meinungen, Ideen, Normen, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen und Gewohnheiten sind so lange zu akzeptieren, wie sie vereinbar mit unseren Grundrechten und Grundwerten sind. Die Vielfalt der Menschen ist durch Gesetze zu schützen. Toleranz lebt vom freien und gleichberechtigten Austausch aller Menschen über die Normen in der Gesellschaft.

II. Mensch und Gesellschaft

Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.

Als Wohlfahrtsverband ist unsere Arbeit geprägt von der Zusammenarbeit mit dem Menschen. Wir sind uns der Würde und der Freiheit jeder* jedes Einzelnen bewusst und sehen die Menschen- und Grundrechte als unveränderliche Grundlage für Staat und Gesellschaft an. Wir treten für diese Rechte ein und fördern die Menschlichkeit in der Welt. Nach unserer Überzeugung beruht ein menschenwürdiges Leben auf Freiheit und sozialem Miteinander. Wir fördern Selbstbestimmung und wollen Menschen aus Notlagen befreien. Wir erfahren durch unsere Arbeit, dass Menschen sich entwickeln und lernen wollen. Dabei begleiten und unterstützen wir sie individuell und setzen bei ihren Potenzialen an. So fördern wir Selbstverantwortlichkeit und Autonomie.

Wir bestärken den Menschen im Rahmen seiner Fähigkeiten, für sich und die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen. Solidarität über Generationen, Grenzen und Herkunft hinweg hält unsere Gesellschaft zusammen.

Eine Demokratie braucht das Engagement ihrer Bürger*innen. Deswegen fördern wir Mitbestimmung an den Orten, wo Menschen leben, arbeiten und sich begegnen. Sie brauchen geeignete Rahmenbedingungen, um ihre Potenziale zu entfalten und miteinander zu kooperieren.

Unser demokratischer und sozialer Rechtsstaat verringert die Gefahr, in Unmenschlichkeit zurückzufallen. Dennoch wissen wir, dass Minderheiten bedroht sind von feindseligen und gewalttätigen Übergriffen. Wir bekämpfen jede Form von Feindlichkeit, Diskriminierung, Extremismus und Rassismus gegen Menschen und Gruppen. Vorurteilen und Stereotypen begegnen wir mit Aufklärung, Argumenten und Dialog.

Wir verstehen uns als Teil der antifaschistischen Bewegung. Wir setzen uns für ein friedliches Miteinander ein und verurteilen jede Art von psychischer und physischer Gewalt.

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die ökologisch und nachhaltig lebt. Wir bekennen uns zu einem nachhaltigen, ressourcenschonenden und fairen Wirtschaftssystem. Wir setzen uns für eine Ökonomie ein, die weltweit faire und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen anstrebt. Sozialer Fortschritt gelingt weltweit nur nachhaltig bei gleichzeitigem Schutz der Natur. Technischer Fortschritt und Digitalisierung sind dort zu fördern, wo sie die Lebensqualität der Menschen verbessern. Die Privatsphäre und die Selbstbestimmung der*des Einzelnen sind immer zu garantieren. Wir wollen eine chancengerechte Gesellschaft, in der jede*r Zugang zu der notwendigen Technologie hat, die Teilhabe ermöglicht. Es wird darauf ankommen, dass digitale Kompetenzen über alle Schichten, Geschlechter, Altersgruppen und Berufsfelder hinweg erlernt werden können.

III. Die Arbeiterwohlfahrt als Wertegemeinschaft

Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Unsere Grundwerte bestimmen unser Handeln im Mitgliederverband, in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen und in unserer politischen Interessenvertretung. Das macht uns zu einer starken Gemeinschaft. Unsere Strukturen und Aktivitäten richten wir an den Bedürfnissen der Menschen und an unseren politischen Zielen aus.

Die Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt bestimmen demokratisch über die Entwicklung des Verbandes und unsere politischen Positionen. Sie prägen das Bürgerschaftliche Engagement, steuern und beaufsichtigen unsere sozialwirtschaftlichen Unternehmen. Als Teil der Zivilgesellschaft betonen wir die Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit. Gemeinnützige, demokratische Mitgliederorganisationen werden weiterhin Triebfeder für eine solidarische und demokratische Gesellschaft sein. Deshalb wollen wir Menschen für uns begeistern, sie als Mitglieder gewinnen und ihrem Engagement einen festen Ort bieten.

Unsere Wertegemeinschaft schließt Menschen ein, die sich für uns und unsere Grundwerte einsetzen. Zugleich fördern wir neue Formen des Engagements und öffnen unsere Räume für innovative Angebote sowie für das Erleben von Gemeinschaft. Wir wollen verstärkt Kooperationen mit anderen Akteuren eingehen. So können wir den unterschiedlichen Bedürfnissen der Generationen und einer Gesellschaft in Vielfalt gerechter werden.

Die Mitarbeitenden der Arbeiterwohlfahrt sind Teil unserer Gemeinschaft. Hand in Hand mit unseren Ehrenamtlichen und Engagierten garantieren sie Professionalität, Stabilität und Innovation in unserem Verband.

Wir ermöglichen, dass unsere Mitarbeitenden unsere Grundwerte leben und die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt mitgestalten können. Wir stehen für Gute Arbeit auch in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen ein.

Zu uns gehört das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt. Als selbstständiger und eigenverantwortlicher Kinder- und Jugendverband organisiert es sich über demokratische Strukturen und bereichert unseren Verband. Das Jugendwerk vertritt die Anliegen und Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und gibt uns wichtige Impulse. Wir unterstützen das Jugendwerk und arbeiten auf allen Ebenen in Gremien und vor Ort zusammen. Gemeinsam sichern wir die Zukunft.

IV. Vision für eine Gesellschaft in Vielfalt

Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen Menschen mit Respekt.

Wir stärken die Vielfalt und das solidarische Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Wir kämpfen für die materielle Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen. Die Anerkennung als gleichwertige Mitbürger*innen, die Gleichheit vor dem Gesetz sowie die Menschenrechte sind das Fundament auf dem Weg in eine offene Gesellschaft. Diese Rechte sind nicht verhandelbar und für jede*n einklagbar. Wir sind überzeugt, dass sie den Raum und die Sicherheit schaffen, damit in einer Gesellschaft in Vielfalt sozialer Zusammenhalt gelebt wird. Nur die Demokratie kann weltanschauliche, religiöse, sexuelle, ethnische, soziale und sprachliche Vielfalt in ein politisches Gleichgewicht bringen und jeden Menschen in seiner Einzigartigkeit wertschätzen.

Eine Gesellschaft in Vielfalt ist reich an Tradition und Kultur. Aus der Motivation entstanden, die Mauern der Klassengesellschaft zu durchbrechen, arbeiten wir auch in Zukunft daran, Diskriminierung und Ungleichheit abzuschaffen. Mit dieser Haltung schreiben wir unsere Tradition fort. Unser Eintreten für eine Gesellschaft in Vielfalt ist mit unserer Arbeit für eine gerechte Gesellschaft eng verbunden. Die Ungleichheit im Kapitalismus steht dem Ziel der Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen entgegen. Mit unserer Vision eines freiheitlichen demokratischen Sozialismus drücken wir aus, dass eine gerechte Gesellschaft erreichbar ist. Soziale Absicherung, gleiche Bildungschancen und die gerechte Verteilung von Ressourcen sowie die Achtung aller Menschen hängen unmittelbar miteinander zusammen.

Wir fördern ein Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Weltanschauung, mit und ohne Behinderung, aller Generationen, jeden Geschlechts und jeder sexuellen Identität. Als nicht religiös gebundener Verband wollen wir, dass der Staat sich weltanschaulich neutral verhält. Er darf keine Weltanschauung oder Religion privilegieren oder sich mit ihr identifizieren. Die Wohlfahrtspflege ist ein Ort, an dem Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen und Religionen zusammenfinden und das Gegenüber durch direkten Austausch verstehen und respektieren lernen.

Das solidarische Miteinander ist für das Individuum und unsere Gesellschaft ein Gewinn. Wir streiten für ein starkes Gemeinwesen und öffentliche Räume, die für alle nutzbar sind. Um eine Gesellschaft in Vielfalt zu gestalten, handeln wir nach dem Prinzip der Inklusion.

V. Soziale Ungleichheit bekämpfen

Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.

Die soziale Ungleichheit verpflichtet uns seit unserer Gründung, für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen. Die zunehmende Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt und unsere Demokratie: Sie grenzt aus und führt zu geringerer Lebensqualität. Sie schafft körperliches sowie psychisches Leid und Perspektivlosigkeit statt gleiche Lebenschancen. Wir wollen Teilhabe und ökonomische Unabhängigkeit für alle. Um Ungleichheit zu überwinden, wollen wir die Strukturen und das kapitalistische Wirtschaftsmodell unserer Gesellschaft verändern. Wir akzeptieren weder Armut noch Ausgrenzung.

Die digitale Transformation muss sozial und teilhabeorientiert gestaltet werden. Sie darf die bestehende soziale Spaltung nicht weiter verschärfen, sondern muss Teilhabe für alle ermöglichen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist die ausreichende technische Ausstattung insbesondere bereits sozial benachteiligter Gruppen sowie die Weiterbildung und Begleitung aller Mitglieder der Gesellschaft in das digitale Zeitalter.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist für uns untragbar. Wir fordern einen offenen, diskriminierungsfreien und bezahlbaren Zugang zu Wohnraum und bezahlbare, wohnortnahe Räume für Engagement und soziale Dienstleistungen. Bund, Länder und Gemeinden haben auf Dauer bedarfsgerecht Sozialmietwohnungen vorzuhalten.

Eine verlässliche soziale Infrastruktur kann soziale und herkunftsbedingte Ungleichheiten mindern und individuelle Fähigkeiten zur Entfaltung bringen. Deshalb müssen Angebote auch in strukturschwachen Regionen einen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten.

Auch außerhalb der Städte ist die Daseinsvorsorge so zu gestalten, dass sie die Teilhabe aller Menschen ermöglicht. Wir kämpfen bundesweit für gute politische Rahmenbedingungen und einen starken Sozialstaat.

Politische Beteiligung hängt mit der sozioökonomischen Situation und dem Zugang zu Bildung zusammen: Während Armut strukturell zu geringer sozialer Teilhabe und politischer Gestaltungskraft führt, entstehen aus Reichtum ungerechtfertigter politischer Einfluss und Macht. Das schwächt das Vertrauen in Demokratie, Staat und Gesellschaft. Darüber hinaus werden in einer ungleichen Gesellschaft immer wieder Menschen in sozial schwachen Lebenslagen gegeneinander ausgespielt. Wir betonen die besondere Verantwortung und Verpflichtung für das Gemeinwohl, die aus Reichtum entstehen. Der demokratische Staat ist verpflichtet, Ausgleich im Sinne der Allgemeinheit zu schaffen.

Um Ungerechtigkeit zu beenden, braucht es eine wirksamere Umverteilung. Das Ziel sind gleiche Lebens- und Teilhabechancen für alle Bürger*innen. Nur eine gerechte Gesellschaft ist eine solidarische Gesellschaft. Dafür kämpfen wir.

VI. Soziale Daseinsvorsorge und Subsidiarität

Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.

Wir haben den deutschen Sozialstaat mitgegründet. Wir sehen die zentrale Aufgabe der sozialen Daseinsvorsorge darin, allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Wir bekennen uns zum Prinzip der Subsidiarität: Der Staat trägt die Verantwortung für die Rahmenbedingungen, wir übernehmen die Trägerschaft von Einrichtungen, Diensten und Maßnahmen. Als Anwältin der Betroffenen nehmen wir Einfluss auf die Gesetzgebung und erstreiten soziale Rechte. Wir beziehen fundiert und kritisch Stellung zur sozialen Lage in Deutschland und Europa.

Vor Ort handeln wir gemeinwohlorientiert und arbeiten mit Kostenträgern auf der Grundlage von Verträgen und transparenten Förderungsbedingungen partnerschaftlich zusammen. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung engagieren wir uns in Gremien, Kommissionen und Ausschüssen bei der Planung, Konzeption und Steuerung bedarfsgerechter Angebote und Dienstleistungen. Unser Ziel ist es, die notwendige soziale Infrastruktur zu erhalten und auszubauen.

Als gemeinnützige Organisation gewährleisten wir, dass unsere Erträge nur für unsere sozialen Zwecke eingesetzt werden. Wir stehen für ein gebotenes Maß an Wirtschaftlichkeit und gehen sorgfältig und transparent mit unseren finanziellen Ressourcen um. Wir bedienen nicht die Renditeinteressen fremder Geldgeber.

Der Staat braucht starke Partner im Sozialraum. Der Wert der Subsidiarität für die Gesellschaft ist durch eine entsprechende Politik zu erhalten und zu fördern. Handlungsfähige und sozial verantwortungsvolle Kommunen sind die Voraussetzung, um den Bedürfnissen und Lebenslagen der Menschen vor Ort nachzukommen. Dafür ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen dauerhaft zu sichern. Die Freie Wohlfahrtspflege sichert eine bundesweite Versorgung, eine Einbindung von Ehrenamt und Engagement, eine wertegebundene Steuerung im Sinne des Gemeinwohls sowie die Erhaltung der Wunsch- und Wahlfreiheit der Menschen. Die voranschreitende Deregulierung sowie die zunehmende Steuerung der sozialen Daseinsvorsorge über den Markt und die Risiken der Digitalisierung gefährden die Qualität der Versorgung und die Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit. Wir fordern eine Neugestaltung von Vergabe- und Förderungsregelungen, sodass die Wahrung von gleichwertigen Lebensverhältnissen gewährleistet wird.

Wir werden unsere Maxime einer freien und wertegebundenen Arbeit bewahren und stellen uns mit unserer Fachlichkeit und der Qualität unserer Leistungen dem Wettbewerb. Für den Erhalt und den Ausbau der Subsidiarität als Ordnungsprinzip des deutschen Sozialstaats werden wir in Deutschland und in der Europäischen Union kämpfen. Wir wollen ein soziales Europa, das das deutsche Sozialstaatsmodell anerkennt und die regionale Grundversorgung mit sozialen Dienstleistungen gewährleistet.

VII. Unsere Fachlichkeit

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell, innovativ und nachhaltig. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.

Seit unserer Gründung im Jahr 1919 haben wir uns zu einer gemeinnützigen Organisation entwickelt, die in allen Bereichen der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik aktiv ist. Unsere Arbeit richtet sich an den Bedürfnissen der Menschen aus und versteht sich als Hilfe zur Selbsthilfe. Wir arbeiten wirkungsorientiert, zuverlässig und auf Basis von fachlichen Standards. Wir entwickeln die Fachlichkeit weiter und setzen uns für die erforderlichen Rahmenbedingungen politisch ein.

Unsere Angebote richten sich an Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen und sozialen Herkunft, ihrer Religion, Weltanschauung, Nationalität, ihrem Familienstand oder Geschlecht. Wer zu uns kommt, ist für uns Expert*in der eigenen Lage. Wir schützen sie*ihn vor Übergriffen durch Dritte und arbeiten präventiv gegen jegliche Form von Gewalt. An unserer Arbeit beteiligen wir Klient*innen, Mitarbeitende, Mitglieder und Engagierte.

Inklusion ist unser Prinzip, um die Teilhabe aller zu verwirklichen. Wir fördern in der Gesellschaft und in unseren eigenen Reihen das Bewusstsein, dass niemand ausgegrenzt und diskriminiert werden darf. Das bedeutet, unsere Vorurteile zu reflektieren sowie unsere Arbeitsweise so zu gestalten, dass sie der Einzigartigkeit jedes Menschen gerecht wird.

Interkulturalität ist Teil unseres Verständnisses von Inklusion und ein zentrales Qualitätsmerkmal unserer Angebote, Maßnahmen und Projekte. In der Arbeiterwohlfahrt werden antisemitische, rassistische und extremistische Äußerungen sowie Handlungen entschieden, auch mit juristischen Mitteln, verfolgt.

Wir sind verantwortlich dafür, dass Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen der Arbeiterwohlfahrt verwirklicht wird. Das bedeutet, ein Arbeits- und Engagementumfeld zu schaffen, das sensibel ist für die eigenen Vorurteile. Mitarbeitende und Engagierte werden gleichermaßen wertgeschätzt. Einstellung, Bezahlung, Förderung und Aufstiegsmöglichkeiten erfolgen unabhängig vom Geschlecht.

Die Soziale Arbeit bietet zahlreiche Einsatz- und Nutzungsmöglichkeiten für digitale Anwendungen. Sie sind Teil unserer auf die Zukunft ausgerichteten Arbeit. Der zentrale Bestandteil all unserer Aktivitäten bleibt jedoch der menschliche Kontakt. Digitalisierung und Technik setzen wir zum Wohl unserer Klient*innen und zur Entlastung unserer Mitarbeitenden ein. Inklusion, Interkulturalität, Geschlechtergerechtigkeit und einen am Menschen orientierten Einsatz von Technik und Digitalisierung herzustellen, ist eine Querschnittsaufgabe.

Unsere Fachlichkeit drückt sich in allen Feldern der Sozialen Arbeit aus.

VIII. Wir verpflichten uns

Wir verpflichten uns als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband, unseren Werten entsprechend zu handeln. Indem wir unsere Grundsätze transparent darstellen, machen wir sie zum Maßstab unserer Arbeit.

Als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband handeln wir entsprechend unseren Werten. Wir verfügen über ein umfassendes Regelwerk, das über gesetzliche Verpflichtungen hinausgeht, und verwalten unsere Finanzen verantwortungsbewusst. Soziale Verantwortung und Gemeinwohlorientierung sind untrennbar mit unserem Namen in allen Regionen verbunden. Deshalb achten wir auf die Einhaltung unserer Grundsätze und verpflichten uns zu Transparenz und Kontrolle.

Wir schätzen Ehrenamt und Engagement

Ehrenamt und Engagement sind selbstbestimmt und freiwillig. Beide erfolgen grundsätzlich unentgeltlich oder gegen eine angemessene Aufwandsentschädigung. Sie werden bei uns geschützt und in ihrem Eigenwert geschätzt. Wir fördern die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Ehren- und Hauptamt. Ehrenamtliche Führungskräfte finden Nachwuchs für die zukünftigen Aufgaben, fördern und qualifizieren ihn. Soweit möglich richten wir eigene Agenturen zur Vermittlung von Engagement ein und beteiligen uns daran.

Wir bieten Gute Arbeit

Wir verpflichten uns, angemessen zu entlohnen und für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu zahlen. Wir bieten Mitarbeitenden transparente Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, persönliche Weiterentwicklung und Qualifizierung. Wir binden sie bei der Entwicklung innovativer Prozesse und Projekte – insbesondere im Rahmen der Digitalisierung von Arbeitsprozessen – von Anfang an ein. Wir bekennen uns zur Tarifbindung und arbeiten mit Gewerkschaften und Betriebsräten eng zusammen. Kein Arbeitsverhältnis mit der AWO soll ohne Anbindung an einen Tarifvertrag mit einer Gewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes geschlossen werden. Wir achten und fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Gesundheit unserer Mitarbeitenden. Hauptamtliche Führungskräfte finden Nachwuchs für die zukünftigen Aufgaben, fördern und qualifizieren ihn.

Wir wollen Mitbestimmung

Wir wollen, dass unsere Mitglieder und unsere Mitarbeitenden die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt mitbestimmen. Entscheidungen im Mitgliederverband treffen wir demokratisch und transparent. Die ehrenamtliche Aufsicht in unseren Gliederungen und Gesellschaften ist demokratisch legitimiert. Führung in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen bedeutet, Verantwortung für das Wohl aller zu tragen und die Beteiligungskultur sowie demokratische Prozesse zu stärken. Wir unterstützen, dass sich Betriebsräte bilden.

Wir achten die Bedürfnisse der Klient*innen und schützen sie

Unsere qualitative Arbeit orientiert sich an den Lebenslagen, Bedürfnissen, Erwartungen und individuellen Möglichkeiten der Klient*innen. Wir beraten und unterstützen sie mit dem Ziel, ihre Selbstbestimmung zu erhalten und zu stärken. Wir schätzen die*den einzelne*n Klient*in wert und beteiligen sie*ihn in unserer Arbeit, wo es möglich ist. Wir garantieren den Schutz der Menschen, die uns anvertraut sind.

Wir schaffen Transparenz und haben eine unabhängige Aufsicht

Unser Ehrenamt gibt die strategischen Ziele vor und arbeitet Hand in Hand mit dem Hauptamt. Wir trennen bewusst Kontrolle und Steuerung. Mitglieder jeglicher Aufsichtsgremien dürfen kein Arbeitsverhältnis oder dauerhafte Geschäftsbeziehungen zu unseren Gliederungen oder Gesellschaften haben, die sie beaufsichtigen. Unsere Entscheidungen über Gehälter von Geschäftsführer*innen und hauptamtlichen Vorständen werden transparent getroffen.

Wir handeln nachhaltig

Wir verpflichten uns, negative Auswirkungen unserer Arbeit auf Mensch, Natur und Klima so gering wie möglich zu halten. Dazu setzen wir uns nachprüfbar Vorgaben und Ziele. Die Verantwortung für heutige und künftige Generationen ist Teil unseres unternehmerischen Handelns sowie unserer Sozialen Arbeit.

Wir leben Inklusion, Interkulturalität und Geschlechtergerechtigkeit

Unsere Forderungen zur Inklusion, Interkulturalität und Geschlechtergerechtigkeit stellen wir auch an uns selbst. Wir stellen Ressourcen zur inklusiven Ausgestaltung unserer Einrichtungen und Dienste bereit. Wir wollen die Vielfalt der Gesellschaft in unserer Mitgliedschaft, im Haupt- und Ehrenamt sowie bei Klient*innen unserer Einrichtungen und Dienste entsprechend der Bevölkerung abbilden.

Impressum

AWO Bundesverband e.V.
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin

Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0
Fax: (+49) 30 – 263 09 – 325 99
E-Mail: info@awo.org
Internet: awo.org

Verantwortlich

Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender

Redaktion

Prof. Dr. Thomas Beyer, Leiter der Grundsatzkommission
Marius Mühlhausen, Leiter der Stabsstelle für Grundsatzfragen

Konzept und Gestaltung

www.studio-pingpong.de
Ingeborg Landsmann

© AWO Bundesverband e.V.
Berlin, Januar 2020

Untersützt durch die



Danke

Über vier Jahre hinweg hat die Grundsatzprogrammkommission den Prozess auf dem Weg zum Grundsatzprogramm im Verband intensiv begleitet. Die Arbeiterwohlfahrt dankt den Mitgliedern der Kommission: Britta Altenkamp, Anne Baaske, Prof. Dr. Thomas Beyer, Rudolf Borchert †, Brigitte Döcker, Rudi Frick, Christoph Götz, Ulf Grießmann, Ragnar Hoenig, Barbara Höckmann, Dr. Birgit Hoppe, Andreas Johnsen, Benjamin Landes, Ingrid Lebherz, Marius Mühlhausen, Alexander Nöhring, Nils Opitz-Leifheit, Christiane Reckmann, Senihad Sartor, Michael Scheffler, Michael Schmidt, Wilhelm Schmidt, Markus Schnapka, Gabriele Siebert-Paul, Wolfgang Stadler.

